



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

in Europa sollen Entscheidungen "möglichst offen und bürgernah" getroffen werden. So steht es auch im EU-Vertrag. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen jedoch Welten, denn der Ministerrat tagt hinter verschlossenen Türen, wenn er als Gesetzgeber handelt. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordert das Europäische Parlament, dass die Tagungen des Ministerrats in Zukunft für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Erste Schritte in diese Richtung will die finnische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte unternehmen. Danach wäre es dann an Bundeskanzlerin Angela Merkel, während der deutschen Präsidentschaft Taten folgen zu lassen.

Ich wünsche allen Frohe Ostern und erholsame Festtage,

Durchbruch für ein soziales Europa

Am Dienstag hat die Europäische Kommission einen zweiten Entwurf für eine europäische Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt. Der geänderte Vorschlag bestätigt in weiten Teilen den im Europäischen Parlament nach langen und heftigen Debatten gefunden Kompromiss.

Der neue Entwurf ist ein Erfolg für die Menschen in Europa und nicht zuletzt auch für das Europäische Parlament. Dennoch gilt es, den überarbeiteten Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie sehr genau zu prüfen. Es kommt nämlich auf die Auswirkungen im Alltag an. Diese hängen häufig vom Zusammenspiel mit anderen arbeitsrechtlichen Regelungen ab, zum Beispiel zur Scheinselbständigkeit, zu Beitragspflichten bei Berufgenossenschaften oder zum Streik- und Mitbestimmungsrecht.

Unabhängig vom Erreichten gilt es nun in Deutschland das Entsendegesetz auf alle Bereiche auszuweiten und branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen. Auch brauchen wir bessere Kontrollen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit. Nur dann sind wir gegen Sozialdumping gewappnet.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat bei der schwierigen und kontroversen Diskussion über die Dienstleistungsrichtlinie bewiesen, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir haben erreicht, dass der größte Zankapfel, das so genannte Herkunftslandprinzip, nun endgültig vom Tisch ist. Das ist ein großer Durchbruch für ein soziales Europa.

Auch in Zukunft bleiben wichtige Bereiche von der Dienstleistungsrichtlinie explizit aufgenommen. Dazu zählen Zeitarbeitsfirmen, Sicherheitsfirmen, das Glücksspiel, der gesamte Gesundheitsbereich und Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Darüber hinaus müssen das internationale Privatrecht sowie die Verbraucherschutzregelungen der Mitgliedstaaten voll beachtet werden.

Der Finanzrahmen der EU steht

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich auf einen Finanzrahmen für die EU geeinigt. Demnach erhöht sich das Gesamtbudget für den Zeitraum 2007 bis 2013 um 3,5 Milliarden auf rund 865 Milliarden Euro. Das Parlament wird dem Kompromiss vermutlich im Mai zustimmen.

Nach weit reichenden Zugeständnissen des Rates erhält das Parlament mehr Mitsprache bei der Finanzplanung sowie der Halbzeit-Überprüfung des Haushalts. Außerdem gibt es mehr Geld für Bereiche wie Lebenslanges Lernen, Transeuropäische Netze, Forschung und Entwicklung, sowie Gesundheits- und Verbraucherschutz.

Mit am wichtigsten ist eine Steigerung der Mittel für beschäftigungs- und sozialpolitische Aufgaben (plus 18 Prozent). Auch Bildungs- und Austauschprogramme (Erasmus und Leonardo) profitieren. Dank den Bemühungen des Parlaments können nun pro Jahr 40.000 Studentinnen und Studenten zusätzlich im Ausland Erfahrungen sammeln.

Jeder Deutsche zahlt im Durchschnitt zehn Euro pro Monat für die EU. Davon entfallen 3,16 Euro auf die Entwicklung strukturschwacher Regionen; 2,67 Euro auf gesunde Nahrungsmittel; und 0,98 Euro auf die Förderung ländlicher Regionen. Die Verwaltung schlägt lediglich mit 0,28 Euro zu Buche.

Fit für Europa?

Wer uns am schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält einen Schlüsselanhänger mit LED-Lampe.

Frage: Wie heißt das Prinzip, das die Sozialdemokratische Fraktion aus der Dienstleistungsrichtlinie verbannt hat?

- a) Heimatlandprinzip
- b) Herkunftslandprinzip
- c) Ziellandprinzip

Der Gewinner vom letzten Mal ist Daniel Weber aus Rödermark.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de